

RAT FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE. VORSCHLAG FÜR EIN ABKOMMEN DER EG ÜBER DIE VERTRAGLICHEN BEZIEHUNGEN ZU DEN STAATSHANDELSLÄNDERN (NOVEMBER 1974)

1. Art des Abkommens

Nichtpräferenzielles langfristiges Handelsabkommen, das ein globales Gleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten sicherstellt und die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Kooperation als zusätzlichem Faktor für den gegenseitigen Handelsverkehr, gegebenenfalls mit einer evulotorischen Klausel, vorsieht.

2. Ziele des Abkommens

Die vertragschließenden Parteien bringen ihren Willen zum Ausdruck, ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu normalisieren und zu erweitern, sowie optimale Bedingungen zur Gewährleistung einer echten und ausgewogenen Entwicklung ihres Handels zu schaffen.

3. Zollfragen

Zu diesem Zweck gewähren sich die Parteien im Zollbereich die Meistbegünstigung, unter Berücksichtigung der herkömmlichen Ausnahmen. Die Gemeinschaft erklärt sich bereit, bei Erbringung gleichwertiger Gegenleistungen Zollzugeständnisse für eine begrenzte, noch festzulegende Zahl von Erzeugnissen zu gewähren, die nach Maßgabe ihrer Bedeutung für den Handelsverkehr je nach Verhandlungspartner verschieden sind.

4. Liberalisierung der Einfuhren

Im Abkommen ist die Schaffung eines Rahmens vorgesehen, in dem die Einfuhrregelungen ausgehandelt werden können, damit für die unter mengenmäßige Beschränkungen fallenden Waren Lösungen entweder im Wege der Liberalisierung zu angemessenen Bedingungen oder im Wege der Erhöhung der Kontingentsvolumen gefunden werden. (Insbesondere sind Lösungen für die Textilerzeugnisse vorzusehen, die je nach dem betreffenden Land entweder auf den Internationalen Allfaser-Abkommen oder auf ähnlichen Konzeptionen beruhen).

5. Landwirtschaft

Bei den Verhandlungen im Agrarbereich ist den Besonderheiten der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Die Grundsätze und Mechanismen der Agrarpolitik dürfen in keinem Fall in Frage gestellt werden und sind somit kein Verhandlungsthema.

Bei dem bilateralen Zuschnitt dieser Verhandlungen müssten die Lösungen von Fall zu Fall festgelegt werden und sich daran orientieren, welche Lösungen die Gemeinschaft in verschiedenen anderen, nichtpräferenziellen bilateralen Abkommen, insbesondere solchen, die zur Stabilisierung der Märkte beitragen, gefunden hat.

Im Interesse einer besseren Marktstabilisierung müssten diese Abkommen einen Austausch von Informationen über die Marktlage und die Marktaussichten bei solchen

landwirtschaftlichen Erzeugnissen umfassen, die im Handel mit den betreffenden Ländern eine wichtige Rolle spielen.

6. Schutzklausel

Die Abkommen müßten Schutzklauseln enthalten, die sich an die mit anderen Drittländern ausgehandelten Schutzklauseln anlehnen und auch den Unterschieden in den Wirtschaftssystemen der betreffenden Partner Rechnung tragen müßten.

7. Organ des Abkommens: Gemischter Ausschuß

In dem Abkommen wäre die Einsetzung eines Gemischten Ausschusses vorzusehen, in dem sich die Parteien regelmäßig konsultieren können, um die Anwendung des Abkommens zu überwachen; weiterhin könnte dieser Ausschuß auch Empfehlungen abgeben, um zur Verwirklichung der Abkommensziele beizutragen; schließlich wäre dieser Ausschuß auch das Organ, das die Möglichkeiten einer Erweiterung der durch das Abkommen hergestellten Beziehungen durch deren Ausdehnung auf neue Gebiete prüfen könnte.

Zu den Aufgaben des Gemischten Ausschusses könnten gehören:

- Suche nach Lösungen für die Liberalisierungsprobleme und für die verschiedenen etwaigen Schwierigkeiten, die die Entwicklung des Handels beeinträchtigen könnten (solche Schwierigkeiten wären u.a. Probleme der Außenhandelsfinanzierung, die insbesondere aus dem besonderen Wirtschaftssystem der betreffenden Drittländer und der Nichtkonvertierbarkeit ihrer Währungen herrühren können);
- Suche nach Mitteln und Wegen, um die Entwicklung einer Wirtschafts- und Handelskooperation zwischen der Gemeinschaft und dem betreffenden Drittland zu fördern, soweit eine solche Kooperation für die Ausweitung des Handelsverkehrs vorteilhaft ist.

8. Wirtschaftskooperation

In das Abkommen könnte im Hinblick auf eine fortschreitende Wirtschaftskooperation eine Formel aufgenommen werden, die bestimmen würde, daß die Vertragsparteien die wirtschaftliche Zusammenarbeit als ergänzenden Faktor des Handelsverkehrs auf den Gebieten, die für die beiden Parteien von gegenseitigem Interesse sind, und nach Maßgabe der Entwicklung der Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft ausbauen können.

9. Finanzklausel

Wegen der unterschiedlichen Binnen- und Außenwirtschaftssysteme in den Ostblockstaaten und der Gemeinschaft ist eine allgemeine Klausel vorzusehen, durch die zum einen den Problemen, die sich aus der Nichtkonvertierbarkeit der Ostblockwährungen und aus deren Paritäten ergeben, und zum anderen der überragenden Rolle, die der Ausfuhrkredit bei der Finanzierung des Außenhandels dieser Länder mit der Gemeinschaft spielt, gebührend Rechnung getragen werden kann, wobei es wichtig ist, daß die Zinssätze der Exportkredite unter Berücksichtigung der internationalen Verpflichtungen der Gemeinschaft in sinnvoller Weise an den Marktzinssätzen orientiert werden.

10. Gegenleistungen

Es liegt auf der Hand, daß das Abkommen nur dann geschlossen werden kann, wenn das betreffende Drittland der Gemeinschaft eine Gegenseitigkeit im Sinne gleichwertiger Rechte und Pflichten einräumt. Diese Gegenleistungen können entsprechend den endgültigen Angeboten der Gemeinschaft unterschiedlich sein und beispielsweise folgendes umfassen:

- Zusage des Partners, der Gemeinschaft in seinen Wirtschaftsplänen bestimmte Abnahme- und Liefergarantien bezüglich der für die Gemeinschaft interessanten Erzeugnisse, beispielsweise in Form sektoraler Verpflichtungen, einzuräumen;
- Zusage des Partners, angemessene Informationen über die den Außenhandel betreffenden Verwaltungsregelungen wie auch über die Verkaufs- und Markterschließungsbedingungen zu liefern usw.

[Quelle: Uschakow, Alexander (Hrsg.): Integration im RGW (COMECON). Dokumente, Baden-Baden 1983, S. 977-979.]